



Arbeiterwohlfahrt
**Bezirksverband
Niederrhein e.V.**

Der Vorstand

Lützowstraße 32
45141 Essen

Telefon: 02 01 / 31 05 - 0
Telefax: 02 01 / 31 05 - 276
info@awo-niederrhein.de
www.awo-nr.de

17. Dezember 2002

PRO PFLEGE

Resolution zur Pflegesituation

„Kranke und pflegebedürftige Menschen müssen – unabhängig von Alter und Einkommen – die für sie notwendigen Leistungen erhalten,“ fordert das Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt. Die Erfüllung dieser Forderung wird in zunehmendem Maße gefährdet, da die verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen nicht mit dem rapide **wachsenden Pflege- und Betreuungsbedarf** Schritt halten.

Stetig wachsenden Zahlen

- älterer Menschen
- hochbetagter alter Menschen
- demenzkranker alter Menschen
- intensiv pflegebedürftiger alter Menschen

stehen

- Ausgabenbegrenzungen
- Verringerungen von Leistungsansprüchen
- Leistungseinschränkungen
- Pflegekräftemangel

gegenüber. Der anhaltende Trend zu Reglementierung und Bürokratisierung schafft zusätzliche Belastungen. Alles in allem also Rahmenbedingungen, die eine menschenwürdige, am individuellen Bedarf ausgerichtete Pflege in erheblichem Maße gefährden.

Vor diesem Hintergrund fordert die AWO am Niederrhein:

● DIE SICHERSTELLUNG MENSCHENWÜRDIGER PFLEGE

Pflege umfasst **Fachlichkeit und menschliche Zuwendung**.

Pflegende Angehörige brauchen Unterstützung und **Entlastung**.

● EINE REFORM DER PFLEGEVERSICHERUNG

Die Pflegeversicherung muss die **besonderen Anforderungen an die Versorgung und Pflege demenziell erkrankter Menschen** berücksichtigen - zu Hause und in den Seniorenzentren. Das erfordert auch eine **Anpassung der Stellenschlüssel** in den Einrichtungen an die immens gestiegene Zahl von Demenzerkrankten.

Die Intention des Pflegeversicherungsgesetzes, die **Zahl der Sozialhilfe-Empfänger** in den stationären Einrichtungen auf maximal 20 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner zu begrenzen, muss beibehalten und umgesetzt werden. Als Folge des geplanten Landespflegegesetzes in NRW droht einem Teil der Pflegebedürftigen eine Verdopplung der Investitionskostenanteile und in der Folge ein weiterer Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger.

● AUSREICHENDE FINANZIERUNGSGRUNDLAGEN

Die Pflege braucht ein **solides Finanzierungskonzept**, das das Verschieben der Kosten der Behandlungspflege von der Krankenversicherung in die von der Pflegeversicherung finanzierte Grundpflege ausschließt.

● AUSREICHENDE PERSONELLE RESSOURCEN

Die **Arbeitsbelastung** der Pflegekräfte darf ein erträgliches Maß nicht dauerhaft überschreiten. 70 bis 80 Prozent der Pflegefachkräfte scheidet innerhalb von 5 Jahren nach dem Examen, teils wegen der zu hohen beruflichen Anforderungen, aus diesem Berufsleben aus.

Verbesserungen in der **Altenpflegeausbildung** sind dringend erforderlich. Die Zahl der Ausbildungsplätze muss mindestens verdoppelt werden.

Eine **EU-Ausnahmeregelung** für arbeitslose Fachkräfte osteuropäischer Länder, schon vor Eintritt in die Europäische Union, kann dazu beitragen, den drohenden Pflegenotstand abzuwenden.

● SOFORTIGES HANDELN

Bund, Land, Gemeinden und Tarifpartner müssen sich gemeinsam und sofort für die Zukunft einer menschenwürdigen Altenpflege einsetzen.

Eine **Entbürokratisierung** und **Verringerung des Verwaltungsaufwandes**: Es bedarf einer Neuordnung der Altenpflege, die den erforderlichen Verwaltungsaufwand auf ein Minimum reduziert und den Pflegefachkräften genügend Zeit lässt für ihre eigentliche Arbeit. Das gilt sowohl für gesetzliche Regelungen, tarifliche Vereinbarungen als auch für die Anforderungen der Pflegekassen und Heimaufsichten. Dabei dürfen Fragen nach verstärkter Bündelung der Administration von Kranken- und Pflegekassen kein Tabu sein. Gemeinsames Handeln aller beteiligten Institutionen ist dringend erforderlich.

Die AWO am Niederrhein appelliert an die verantwortlichen Politiker, die Pflege alter Menschen nicht zur reinen Satt- und Sauber-Unterkunft in großen Bettensälen verkommen zu lassen.